

# „Es braucht gläsernen Staat – nicht gläserne Bürger“

Als letzte Bastion der Geheimniskrämerei soll nun auch Österreich ein modernes Informationsfreiheitsgesetz bekommen. Was sagen die Experten?

••• Von Dinko Fejzuli

**K**arl Kraus soll einmal gesagt haben: „Wenn die Welt untergeht, dann gehe ich nach Wien. Dort passiert alles zehn Jahre später.“ Ähnlich verhält es sich mit dem berühmten Amtsgeheimnis in der Alpenrepublik.

Österreich ist nämlich die letzte europäische Demokratie mit einer derart strengen Verschwiegenheitspflicht im Verfassungsrang, die, vereinfacht gesagt, nicht mehr und nicht weniger besagt, als dass quasi alles, was nicht explizit zur Veröffentlichung bestimmt ist, zunächst einmal geheim zu bleiben hat.

## Mehr Infos für die Bürger

Geht es nach der Bundesregierung, soll dies nun anders werden und quasi alles, was nicht explizit geheim ist, grundsätzlich für die Bürgerinnen und Bürger des Landes zugänglich sein.

Wie ein vernünftiges Informationsfreiheitsgesetz, so der Name des Vorhabens, aussehen könnte, dazu bat medianet Mathias Huter, Vorstandsmitglied des Forums Informationsfreiheit und international anerkannter Experte in Fragen wie diesen, zum Interview.

**medianet:** Um sich ein genaues Bild zu machen: Wie sieht aktuell die Regelung beim Thema Informationsfreiheit in Österreich aus?

**Mathias Huter:** Österreich ist das letzte Land der Europäischen Union, in dem die Bürge-

rinnen und Bürger kein Recht auf Zugang zu staatlichen Dokumenten haben. Stellt man eine Anfrage nach den geltenden Auskunftspflichtgesetzen, etwa über die vom Forum Informationsfreiheit betriebene Plattform FragDenStaat.at, muss eine Verwaltungsbehörde binnen längstens acht Wochen eine Auskunft erteilen – also eine kurze Zusammenfassung eines Sachverhalts geben. Allerdings nur, wenn dem keine Verschwiegenheitsgründe



© Christian Müller

entgegenstehen, etwa das in der Verfassung verankerte Amtsgeheimnis. Insbesondere bei politisch sensiblen Informationen sehen wir, dass Auskünfte oft nicht erteilt werden und die Antworten verzögert werden. Wird eine Auskunft verweigert, kann man einen Bescheid verlangen und dagegen vor dem Verwaltungsgericht Beschwerde einlegen. Jedoch tut es sich kaum eine Bürgerin oder ein Bürger an, gegen die Republik

vor Gericht zu ziehen. In der Praxis sehen wir immer wieder Fälle, wo es zwei Jahre dauert, bis eine Entscheidung der ersten Instanz da ist. Und selbst dann sehen wir Fälle, in denen Behörden diese Entscheidungen nicht umsetzen.

**medianet:** Und im Vergleich zu anderen Ländern, wo steht Österreich beim Thema Informationsfreiheit und Amtsgeheimnis?

„

*Es fehlte bislang einfach der politische Wille der größeren Parteien, endlich echte Transparenz zuzulassen.*

**Mathias Huter**  
Forum  
Informationsfreiheit

“

**Huter:** Österreich ist internationales Schlusslicht. Wir sind das letzte Land der EU ohne Informationsfreiheitsgesetz, in einem weltweiten Ranking der Informationsfreiheitsgesetze liegen wir seit Jahren unter knapp 130 Ländern an der letzten Stelle mit dem am wenigsten bürgerfreundlichen Gesetz.

**medianet:** Warum war es bisher denn so schwierig, das Thema Amtsgeheimnis anzugehen?

**Huter:** Es fehlte bislang einfach der politische Wille der größeren Parteien, endlich *echte* Transparenz zuzulassen. Oft wurde die Abschaffung des Amtsgeheimnisses schon angekündigt und versprochen, wie auch von der aktuellen Regierung. Wir hoffen sehr, dass es diesmal nicht nur bei der Ankündigung bleibt und dass am Schluss auch ein Informationsfreiheitsgesetz herauskommt, das diesen Namen auch verdient.

**medianet:** Und wann würde es diesen Namen aus Ihrer Sicht auch tatsächlich verdienen?

**Huter:** Ein zeitgemäßes Informationsfreiheitsgesetz, das internationalen Standards entspricht, muss sicherstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger effektiv, unbürokratisch und rasch Zugang zu den gesuchten Informationen bekommen. Es braucht das vorgesehene Recht auf Dokumenteneinsicht, aber wenn eine Behörde den Zugang verweigert, muss zeitnah überprüft werden können, ob die Geheimhaltung angemessen ist und eng definierten Geheimhaltungsgründen entspricht.

Dazu braucht es einen unabhängigen Informationsfreiheitsbeauftragten – eine Stelle, die einerseits Bürgerinnen und Bürger berät, andererseits der Verwaltung bei der Anwendung des Gesetzes zur Seite steht, im Streitfall eine Vorentscheidung trifft, welche Informationen herausgegeben sind, und die die Transparenz auch wirklich durchsetzen und kontrollieren kann.

**medianet:** Was wäre noch zusätzlich nötig?